

Auszüge aus den Reden vor den
Generalversammlungen der Vereinten Nationen
der Jahre 1974 bis 1991

Auszug aus der Rede des Herrn Bundesministers des Auswärtigen vor der 29.
Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York, 23. September 1974

„ ... Die Bundesregierung schließt in ihre Entspannungspolitik auch das schwierigste und brennendste Problem in Deutschland selbst ein: Die Teilung unseres Landes mit allen ihren schmerzlichen Folgen für die Menschen. Ich möchte wiederholen, was die Bundesregierung an dieser Stelle vor einem Jahr deutlich gemacht hat: Wir können die Teilung nicht als das letzte Wort der Geschichte über die deutsche Nation akzeptieren. Dieses Wort wird vom deutschen Volk selbst gesprochen werden. Die Bundesregierung hält fest an ihrer Politik, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

Dies hindert uns jedoch nicht, das volle Maß an Zusammenarbeit auszuschöpfen, das in der gegebenen Lage erreichbar ist. Diese Politik hat vertraglich geregelte Beziehungen mit dem anderen deutschen Staat, der DDR, ermöglicht. Seither hat sich gezeigt, dass die Mitarbeit der Staaten eines geteilten Landes in den VN trotz tief greifender Unterschiede der politischen Auffassungen möglich und dass sie für alle – wie ich meine, auch für die Weltorganisation – nützlich ist.

Die Entspannung in Europa muss dort ansetzen, wo die Gegensätze am härtesten aufeinander stießen, in Berlin. Das Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 hat den Weg dafür geöffnet. Wir müssen deshalb die Entspannung auch daran messen, wie sich dieses Abkommen in allen seinen Teilen bewährt. Die gesicherte Zukunft Berlins ist ein unverzichtbares Element der Entspannung in Europa und sie bleibt ein vitales Interesse unserer Politik. ...“

Auszug aus der Rede des Bundesministers des Auswärtigen Hans-Dietrich Genscher am 24.
September 1975 vor der 30. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York

„ ... Die Bundesregierung schließt in ihre Politik des Gewaltverzichts und der Entspannung auch unser schmerzlichstes Problem ein: die deutsche Teilung. Es ist unser Ziel, in Europa auf einen Zustand des Friedens hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Ich bekräftige unsere Überzeugung, dass die Geschichte über die Teilung des deutschen Volkes nicht ihr letztes Wort gesprochen hat. Der Wille der Nation zur Einheit wird seine geschichtliche Kraft behalten.

Der Abschluss des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR ist der Beweis für unseren Willen, auch im Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander alle Möglichkeiten der friedlichen Zusammenarbeit auszuschöpfen.

Aufbauend auf der bilateralen Entspannungspolitik, den dabei abgeschlossenen Verträgen und auf dem Vier-Mächte-Abkommen über Berlin hat die Bundesregierung im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa aktiv mitgewirkt. Denn kein Volk in Europa spürt stärker als das deutsche die von der Spaltung unseres Kontinents ausgehende Gefahr.

Die Ergebnisse der Konferenz sollen nach Absicht der Teilnehmerstaaten in ganz Europa wirksam werden. So müssen sich Sicherheit und Zusammenarbeit gerade auch in der Stadt

bewahren, die in den Jahren des kalten Krieges so oft Schauplatz gefährlicher, auf die ganze Welt ausstrahlender Spannungen gewesen ist – in Berlin. Berlin bleibt Gradmesser der Entspannung. ...“

Auszug aus der Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, vor der 31. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York, 28. September 1976

„ ... Kein Volk kann an der Zusammenarbeit über die Grenzen der Systeme hinweg stärker interessiert sein als das deutsche Volk, das in zwei Staaten zu leben gezwungen ist. Durch Deutschland läuft die Grenze, die Europa teilt.

Um Erleichterungen für die Menschen und um einen Ausbau der Zusammenarbeit ging und geht es auch bei unseren Verhandlungen mit der DDR. Entspannungspolitik in einem geteilten Land und für ein geteiltes Land ist eine große, aber auch schwere Aufgabe. Aber wir Deutschen wissen, dass es dazu keine vertretbare Alternative gibt.

Vieles ist möglich geworden durch Verhandlungen der beiden deutschen Staaten, vieles wurde erreicht an praktischen Verbesserungen, menschliches Leid konnte gelindert werden, immer mehr menschliche Begegnungen der Deutschen wurden möglich. Aber es ist noch lange nicht alles erreicht. Nach wie vor bleibt es das Ziel unserer Politik, auf dem Wege geduldigen Verhandeln die schmerzlichen Auswirkungen der deutschen Teilung zu überwinden. Die Bundesregierung resigniert nicht angesichts der Wirklichkeit einer Grenze, an der auf der anderen Seite noch in jüngster Zeit Schüsse fallen. Damit muss endlich Schluss gemacht werden. Die Bundesregierung wird nicht müde werden, mit ihrer Entspannungspolitik auch das zu erreichen.

Mitten in Deutschland liegt auch die Stadt, die im Guten und im Schlechten ein Prüfstein der Entspannung war und ist: Berlin. Die Bundesregierung wird nicht nachlassen, die Lebensfähigkeit West-Berlins zu fördern. Für Berlin ist die strikte Einhaltung und volle Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens von wesentlicher Bedeutung. Die Bundesregierung wird auch in Zukunft dafür sorgen, dass West-Berlin in die internationale Zusammenarbeit einbezogen bleibt. Je mehr das gelingt, desto geringer ist die Gefahr, dass die Stadt wieder zum Herd internationaler Krisen wird.

Die Bundesrepublik Deutschland, deren Außenpolitik vom ersten Tag ihres Bestehens an Friedenspolitik ist, wird ihre Entspannungspolitik zur Sicherung des Friedens unbeirrt fortsetzen.

Es bleibt das politische Ziel der Bundesrepublik Deutschland, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Denn für uns hat die Geschichte über die Teilung des deutschen Volkes nicht ihr letztes Wort gesprochen. ...“

Auszug aus der Rede des Bundesaußenministers vor den Vereinten Nationen; 32. Generalversammlung in New York; 30. September 1977

„Die Bundesrepublik Deutschland hat einen erheblichen Beitrag geleistet, um Entspannung in Europa zu ermöglichen. Sie hat durch die Verträge von Moskau, Warschau und Prag den Weg zu normalen Beziehungen mit ihren östlichen Nachbarn geöffnet.

Wie bei dieser Entwicklung werden auch in Zukunft die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion für die Entspannung in Europa von grundlegender Bedeutung sein. Wir wollen diese Beziehungen auch weiterhin ausbauen.

Durch den Grundlagenvertrag mit der DDR wurde eine Basis für das Zusammenleben der beiden deutschen Staaten geschaffen.

Bestandteil dieser Politik der Bundesrepublik Deutschland ist das erklärte Ziel, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

Wir sind gewiss: Die Geschichte wird auch hier zeigen, dass der Wille einer Nation zur Einheit sich behauptet. Niemand kann sich der Logik der Geschichte mit ideologischen Ausflüchtungen entziehen.

...

Die Entspannung in Europa geht von den bestehenden Realitäten aus. Zu diesen Realitäten gehören die Bindungen West-Berlins zur Bundesrepublik Deutschland. Wir werden alles tun, um die Lebensfähigkeit West-Berlins zu sichern.

West-Berlin muss am Prozess der Entspannung und seinen Fortschritten voll teilhaben. Dafür ist das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin von entscheidender Bedeutung. Es muss strikt eingehalten und voll angewendet werden. Berlin ist Symbol und Gradmesser der Bereitschaft zu Entspannung und Zusammenarbeit zwischen Ost und West. ...“

Auszug aus der Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, vor der 33. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 26. September 1978

„... In die Entspannungspolitik schließt die Bundesregierung auch und gerade den anderen deutschen Staat ein. Kein Volk hat ein größeres Interesse an der Entspannung als das deutsche. Denn die Linie, die Ost und West trennt, geht mitten durch unser Volk.

Wir wollen im Sinne des Grundlagenvertrages die Zusammenarbeit mit der DDR ausbauen und den vertraglichen Rahmen der Zusammenarbeit erweitern. Wir tun das im Bewusstsein unserer Verantwortung auch für den Frieden und für die Menschen in ganz Europa. Wir wollen die Entspannung im alltäglichen Leben der Menschen fühlbar machen und vor allem auch die Möglichkeiten vergrößern, dass die Deutschen auf beiden Seiten der Grenze zueinander kommen können.

Die Bundesregierung hat bei Abschluss des Moskauer Vertrages ebenso wie des Grundlagenvertrages betont, dass es Ziel ihrer Politik bleibt, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Auch hier sind wir auf der Seite des Fortschritts. Den Gang der Geschichte kann niemand aufhalten, er bewegt sich in Richtung auf Einheit und nicht Trennung, in Richtung auf Fortschritt und nicht Abgrenzung.

Die Entspannung muss sich schließlich in besonderer Weise in der Stadt bewähren, die im Herzen Europas und im Herzen Deutschlands liegt – in Berlin. Das Vier-Mächte-Abkommen von 1971 hat die Situation Berlins wesentlich verbessert. Ich verschweige nicht, dass es noch Schwierigkeiten gibt. Sie endgültig zu überwinden, dazu müssen beide Seiten ihren Beitrag leisten. Uns geht es darum, dass sich Berlin-West gedeihlich entwickeln kann, und wir werden alles tun, diese gedeihliche Entwicklung zu sichern. Wir wollen die bestehende Lage nicht einseitig verändern. Wir erhalten und entwickeln die Bindungen zwischen Berlin-West und der Bundesrepublik in dem Rahmen, den das Vier-Mächte-Abkommen vorgesehen hat. Wir achten ebenso darauf, dass Berlin-West in die internationale Zusammenarbeit voll einbezogen bleibt. Die strikte Einhaltung und die volle Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens ist eine wesentliche Voraussetzung für eine dauerhafte Entspannung im Zentrum Europas. ...“

Auszug aus der Rede des Bundesaußenministers vor den Vereinten Nationen; 34.
Generalversammlung in New York; 29. September 1979

„... Von besonderer Bedeutung für die Entspannung ist das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, denn die Grenze zwischen Ost und West teilt Deutschland. Kein Volk kann mehr Interesse an Entspannung haben als das deutsche. Wir wollen die Zusammenarbeit mit der DDR kontinuierlich weiter entwickeln. Wir wollen die Möglichkeiten erweitern, dass die Deutschen auf beiden Seiten zueinander kommen können. Entspannung muss für die Menschen bei der Verwirklichung ihrer Rechte und in ihrem täglichen Leben erkennbar und greifbar sein. Das deutsche Volk ist gegen seinen Willen getrennt. Aber die Geschichte hat damit nicht das letzte Wort gesprochen. Es bleibt erklärtes Ziel unserer Politik, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

...

Symbol der Entspannung in Europa ist die Stadt, die in den Jahren des kalten Krieges so oft Schauplatz gefährlicher, auf die ganze Welt ausstrahlender Spannungen gewesen ist – Berlin. Das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin von 1971 hat entscheidend beigetragen, diese Spannungen abzubauen. Seine strikte Einhaltung und volle Anwendung bleibt zentrale Voraussetzung für den Fortgang der Entspannung. ...“

Auszug aus der Rede des Bundesaußenministers vor den Vereinten Nationen; 35.
Generalversammlung in New York; 26. September 1980

„... Wir halten an der Politik der Entspannung und der Zusammenarbeit fest – aus Verantwortung für den Frieden und im Bewusstsein, dass gerade die Deutschen, die getrennt in zwei Staaten leben müssen, von einem Rückfall in den kalten Krieg am härtesten getroffen würden. Konstante unserer Politik ist es, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Wir wissen: Die Geschichte ist mit uns.

Der Grundlagenvertrag mit der DDR hat die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit geschaffen, die der Verantwortung der Deutschen für den Frieden gerecht wird und die den Weg frei macht für menschliche Erleichterungen für alle Deutschen. Von den Zielen des Grundlagenvertrages lassen wir uns leiten bei unseren Bemühungen um den Ausbau der Zusammenarbeit mit der DDR, wo immer dies möglich ist.

Bundeskanzler Helmut Schmidt und der Staatsratsvorsitzende der DDR, Erich Honecker, haben übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, dass von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen soll. Wir wollen das Unsere beitragen, um die Lage in und um Berlin stabil und friedlich zu erhalten. Berlin ist der Gradmesser der Entspannung in Europa. ...“

Auszug aus der Rede des Bundesaußenministers vor den Vereinten Nationen; 36.
Generalversammlung in New York; 26. September 1981

„... Die Teilung zwischen Ost und West trennt die deutsche Nation. Niemand wird deshalb von der Verschlechterung des Ost-West-Verhältnisses schwerer betroffen als die Deutschen,

niemand hat ein unmittelbareres Interesse daran, die Ost-West-Beziehungen zu verbessern. Es darf nicht zu einem Rückfall in den kalten Krieg kommen.

Die Vertragspolitik der Bundesrepublik Deutschland, der Moskauer Vertrag, der Warschauer Vertrag, der Vertrag mit der CSSR und der Grundlagenvertrag mit der DDR legen Zeugnis ab von unserer langfristig angelegten Politik der Zusammenarbeit und der Entspannung. Wir stehen zu diesen Verträgen.

...

Die Bundesregierung bekräftigt ihre Überzeugung, dass die beiden deutschen Staaten eine besondere Verantwortung für den Frieden in Europa haben. Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen, so haben es Bundeskanzler Helmut Schmidt und der Staatsratsvorsitzende der DDR, Erich Honecker, erklärt.

Gerade in der gegenwärtigen schwierigen Phase der Ost-West-Beziehungen muss für die beiden deutschen Staaten gelten:

1. Wir müssen sorgfältig bewahren, was im vergangenen Jahrzehnt zwischen uns und als unser Beitrag zum Frieden in Europa erreicht wurde.
2. Wir müssen im Verhältnis zueinander und gegenüber allen unseren Nachbarn Zurückhaltung und Rücksichtnahme üben.
3. Das deutsch-deutsche Verhältnis darf nicht zusätzliche Belastungen für das Ost-West-Verhältnis verursachen.
4. Wir müssen den Dialog auf allen Ebenen und ohne Vorbedingungen fortsetzen.
5. Es muss unser gemeinsames Ziel sein, bei der Verwirklichung der Schlussakte von Helsinki in allen ihren Teilen die größten Fortschritte zu erzielen.

Die Bundesregierung will die Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten fördern. Und wir wollen die Möglichkeiten zu Begegnungen der Deutschen auf beiden Seiten vermehren. Diese und andere Erleichterungen für das Zusammenleben der Deutschen sind nicht nur ein Gebot der Humanität, sondern sind ein unentbehrlicher Beitrag zu Frieden und Zusammenarbeit in Europa.

Unser Ziel ist und bleibt, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Die Mauer, die die Deutschen trennt, wird keinen Bestand haben. Der Wille der Völker ist nicht auf Erhaltung oder gar Vertiefung des Trennenden gerichtet, sondern auf seine Überwindung.

Das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin hat zu einer ruhigen Lage in und um Berlin beigetragen. Dies muss auch weiterhin so bleiben. Jede Seite muss sich bewusst sein, dass das Abkommen seine stabilisierende Wirkung für Berlin und seinen günstigen Einfluss auf die Ost-West-Beziehungen nur entfalten kann, wenn beide Seiten es strikt einhalten und voll anwenden. ...“

Rede vor der 37. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 30. September 1982 wurde nicht von Hans-Dietrich Genscher gehalten

Auszug aus der Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, vor der 38. Generalversammlung der Vereinten Nationen am Donnerstag, den 29. September 1983, in New York

„... Von großem Einfluss auf eine konstruktive Entwicklung der West-Ost-Beziehungen ist das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten. Die Deutschen in West und Ost stehen in einer Verantwortungsgemeinschaft für den Frieden in Europa. Die Regierungen der

Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik müssen sich dieser Verantwortung immer bewusst sein. Wir sind einig in der Überzeugung, dass von deutschem Boden niemals wieder ein Krieg ausgehen darf, dass von ihm vielmehr Impulse des Friedens ausgehen müssen.

Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR hat die Grundlage für die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit geschaffen. Wir Deutschen in West und Ost müssen den Ehrgeiz haben, uns bei der Verwirklichung der Schlussakte von Helsinki und der Erklärung von Madrid von niemandem übertreffen zu lassen. Eine friedliche und stabile Lage in und um Berlin ist für das deutsch-deutsche Verhältnis wie für das West-Ost-Verhältnis insgesamt von essenzieller Bedeutung.

Die Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten stärkt den Zusammenhalt der Nation. Ziel unserer Politik ist es, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Ziel unserer Politik ist es, auf eine Friedensordnung für ganz Europa hinzuarbeiten, die durch Vertrauen und umfassende Zusammenarbeit gekennzeichnet ist. ...“

Auszug aus der Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, vor der 39. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 26. September 1984 in New York

„... Wir Deutschen sind uns der Verantwortung bewusst, die sich aus der Geschichte unseres Landes und aus unserer Lage im Herzen Europas ergibt. Die Bundesrepublik Deutschland hat ihr Schicksal fest in das Schicksal Europas eingebettet. Unsere Politik ist europäische Friedenspolitik. ...

Es ist europäische Friedenspolitik, wenn in dem "Brief zur deutschen Einheit" gesagt wird, dass es unser politisches Ziel ist, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuarbeiten, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

Mein Land hat mit den in den Siebzigerjahren geschlossenen Verträgen mit unseren östlichen Nachbarn den Weg zur KSZE frei gemacht. Wir stehen ohne Abstriche zu diesen Verträgen.

...“

Auszug aus der Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, vor der 40. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 26. September 1985

„... Friedenssicherung in Europa ist ohne einen Beitrag beider deutscher Staaten nicht möglich. Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen. Gemeinsame Bemühungen um den Frieden sind geboten. Das ist der Sinn der Verantwortungsgemeinschaft, in der beide deutsche Staaten ihren besonderen Friedensauftrag – ihre Friedenspflicht erfüllen. Unsere Zusammenarbeit verdient die Unterstützung aller Staaten, die an Stabilität und echter Entspannung im Herzen Europas aufrichtig interessiert sind.

Es ist ermutigend, dass Bundeskanzler Helmut Kohl und der Staatsratsvorsitzende der DDR, Erich Honecker, am 12. März 1985 gemeinsam die Möglichkeit für eine neue Phase in den West-Ost-Beziehungen feststellen konnten, eine Möglichkeit, die sich aus der Wiederaufnahme des Rüstungskontrolldialogs zwischen den USA und der UdSSR ergibt.

Die Bundesrepublik Deutschland wird alles tun, um zur Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses beizutragen. Eine solide Grundlage dafür bleiben die Verträge, die die Bundesrepublik Deutschland in den 70er Jahren mit ihren Nachbarn geschlossen hat. Der Ausgangspunkt war der Moskauer Vertrag von 1970, der die Beziehungen zwischen der

Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion auf eine neue Grundlage stellte. Mit dem Moskauer Vertrag und mit den Verträgen mit der Volksrepublik Polen und der CSSR und mit dem Grundlagenvertrag mit der DDR haben wir aus unserer nationalen und historischen Verantwortung für den Frieden neue und langfristige Perspektiven für das West-Ost-Verhältnis eröffnet. Wir stehen zu diesen Verträgen.

Unsere Vertragspolitik steht nicht in Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. So steht es im „Brief zur deutschen Einheit“, den die Bundesregierung anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages der sowjetischen Seite übergab. Mit den Verträgen und mit dem Vier-Mächte-Abkommen über Berlin wurde der Weg zur KSZE, der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa frei gemacht. ...“

Auszug aus der Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, vor der 41. Generalversammlung der Vereinten Nationen am Donnerstag, den 25. September 1986, in New York

„... Ich werde Ihnen ... die Auffassungen der Bundesrepublik Deutschland vortragen, die ihr Schicksal untrennbar mit dem Schicksal Europas verbunden hat und die ein festes Mitglied des Westlichen Bündnisses ist. ...

Aber Europa ist mehr als die Gemeinschaft der Zwölf. Europa endet nicht an Elbe und Werra. Deshalb vergessen wir bei keiner unserer Entscheidungen, dass östlich von uns auch Deutsche, auch Europäer leben. Als Volk in der Mitte Europas betrachten wir es als unsere geschichtliche Aufgabe, den West-Ost-Gegensatz zu entschärfen und schließlich zu überwinden. Wir wären schlechte Deutsche und schlechte Europäer, wenn wir anders handelten. ... Wir wollen ein friedliches Miteinander in ganz Europa, gegründet auf Zusammenarbeit und Vertrauen. Den beiden deutschen Staaten fällt dabei, gestützt auf den Grundlagenvertrag von 1972, eine entscheidende Rolle zu. ... Wir müssen den Grenzen ihre Schrecken und das Trennende nehmen, damit Staaten verschiedener Gesellschaftssysteme ihre gemeinsamen und komplementären Interessen und ihre Verantwortung für die gemeinsame Zukunft in friedlichem Wettbewerb wahrnehmen können, und damit die Menschen ohne Angst vor einander leben und sich begegnen können. Die Europäer müssen in einem schrittweisen Prozess des Abbaus von Konfliktpotentialen und mit wachsender Kooperation zu neuen Formen ihrer Beziehungen kommen. Wir wollen eine europäische Friedensordnung auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller und des gleichen Rechts auf Sicherheit. Wir wollen einen Zustand des Friedens in Europa, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Der Abbau des Ost-West-Gegensatzes hängt wesentlich von der Entwicklung des Verhältnisses zwischen den beiden Großmächten ab. ...“

Auszug aus der Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, vor der 42. Generalversammlung der Vereinten Nationen am Donnerstag, den 24. September 1987, in New York

„... Wenn heute, nach Jahrzehnten der Konfrontation im West-Ost-Verhältnis ein Wendepunkt erreicht werden könnte, dann wäre es ein Fehler von historischem Ausmaß, wenn wir diese Chance vorübergehen ließen. Zwölf Jahre nach Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte kann

man feststellen: In Europa ist ein Prozess zu einer europäischen Friedensordnung in Gang gesetzt worden. Mein Land hat dazu wesentliche Beiträge geleistet mit dem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft und zum westlichen Verteidigungsbündnis und mit der einzigartigen deutsch-französischen Partnerschaft. Wir haben den Weg frei gemacht für ein neues West-Ost-Verhältnis mit dem Vertrag von Moskau, mit dem Warschauer Vertrag, der nach einer wechselvollen Geschichte, im Bewusstsein der besonderen Qualität des deutsch-polnischen Verhältnisses, einen neuen Anfang mit der Volksrepublik Polen ermöglichte, und schließlich mit dem Vertrag mit der CSSR und mit dem Grundlagenvertrag mit der DDR. Zu diesem Prozess gibt es keine gangbare und erst recht keine verantwortbare Alternative. Wir sehen immer das ganze Europa, wir wollen die Verbesserung der Lage im ganzen Europa. Wir wissen, das Rad der Geschichte kann niemals zurück, es kann immer nur nach vorn bewegt werden.

In diese europäische Zukunftsperspektive ordnet sich auch das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zum anderen deutschen Staat, der Deutschen Demokratischen Republik, ein. Beide Staaten sind fest in ihre jeweiligen Bündnissysteme eingebunden. Gerade das aber gibt ihnen die Möglichkeit, in ihren jeweiligen Bündnissen für eine Kooperation in Gesamteuropa zu werben und zu wirken. Die Unterschiede in den Werteordnungen sind tief greifend, aber beide deutsche Staaten sind sich einig darüber, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf, sondern Frieden ausgehen muss. Unterschiedlicher Auffassung sind beide deutsche Staaten weiterhin über die Zukunft der deutschen Nation. Die Bundesrepublik Deutschland bleibt ihrem Ziel verpflichtet, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. ...“

Auszug aus der Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, vor der 43. Generalversammlung der Vereinten Nationen am Mittwoch, den 28. September 1988, in New York

„... Die Wende zum Besseren für ganz Europa empfängt ihre Kraft aus der Wiederbelebung der Identität unseres Kontinents. Diese Identität gründet sich auf die gemeinsame europäische Geschichte, auf ihre Höhepunkte und ihre Irrwege, auf die gemeinsame Kultur, zu der alle europäischen Völker Großes beigetragen haben, und auf das Bewusstsein der gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft unseres Kontinents und für Frieden und Entwicklung in der Welt. Jahrzehnte der Trennung haben aus einem Europa nicht zwei Europa gemacht und aus einer deutschen Nation nicht zwei deutsche Nationen. Das deutsche Volk im Herzen Europas, das in der Geschichte oft im Gegensatz zu seinen Nachbarn stand, hat seine geschichtlichen Lehren gezogen. Beide deutsche Staaten stellen sich auch in ihrer Zusammenarbeit ihrer europäischen Friedensverantwortung. Davon gewinnen alle Europäer. Wir Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland haben durch unsere Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und in dem Atlantischen Bündnis mit den USA und Kanada verantwortlichen Gebrauch gemacht von der nach dem Zweiten Weltkrieg wiedergewonnenen Freiheit. ... Die Schlussakte von Helsinki ist die Kursbestimmung für eine europäische Friedensordnung, in der Staaten unterschiedlicher politischer und sozialer Ordnung in friedlichem Wettbewerb ohne Angst voreinander leben können. Mit der Arbeit an dieser Friedensordnung erfüllt die Bundesrepublik Deutschland den Auftrag unseres Grundgesetzes, dem Frieden in Europa zu dienen und die Trennung unserer unteilbaren Nation zu überwinden. ...“

Auszug aus der Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, vor der 44. Generalversammlung der Vereinten Nationen am Mittwoch, den 27. September 1989, in New York

„Das polnische Volk ist vor fünfzig Jahren das erste Opfer des von Hitler-Deutschland vom Zaune gebrochenen Krieges geworden. Es soll wissen, dass sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird. Das Rad der Geschichte wird nicht zurückgedreht. Wir wollen mit Polen für ein besseres Europa der Zukunft arbeiten. Die Unverletzlichkeit der Grenzen ist Grundlage des friedlichen Zusammenlebens in Europa. ...

Die Bundesrepublik Deutschland sieht in der europäischen Friedensordnung auch den Rahmen für das Ziel, das der Brief zur deutschen Einheit formuliert hat, nämlich ‚... auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.‘ Dieses Ziel wollen wir unter voller Achtung der von uns geschlossenen Verträge erreichen. ...

Die Bundesrepublik Deutschland als ein Staat im Herzen Europas wirft ihr ganzes Gewicht in die Waagschale der Zusammenarbeit, der Verständigung und der Abrüstung für ein besseres Europa. ...“

Auszug aus der Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, vor der 45. Generalversammlung der Vereinten Nationen am Mittwoch, den 26. September 1990, in New York

„... In dem letzten Jahr hat sich die Lage in Europa grundlegend verändert und damit auch die Lage in Deutschland. Niemals wurde deutlicher, wie sehr das Schicksal der Deutschen mit dem Europas verbunden ist. Die Einheit Deutschlands ist ein Schritt zur Einheit Europas. Der 3. Oktober wird der Tag der deutschen Einheit sein.

Dies ist für uns Deutsche ein Tag der Freude, der Dankbarkeit und der Besinnung. Unser lang gehegter Wunsch, uns in Frieden und Freiheit zu vereinen, geht in Erfüllung. Dies erfüllt uns mit Freude.

Die Welt begleitet die Vereinigung der Deutschen mit Wohlwollen, Sympathie und mit Freundschaft. Dafür empfinden wir Dankbarkeit. Besinnung auf Geschichte und Verantwortung, nicht nationalistischer Überschwang bestimmen die Gefühle der Deutschen in diesen historischen Tagen. Das unendliche Leid, das in deutschem Namen über die Völker Europas und der Welt gebracht wurde, werden wir nicht vergessen. Wir gedenken aller Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft. Wir gedenken in besonderer Weise der unsäglichen Leiden des jüdischen Volkes. Wir erkennen unsere Verantwortung, und wir nehmen sie an. An die Generalversammlung der Vereinten Nationen richte ich die Botschaft: Wir Deutschen vereinen uns in dem Willen, dass alles das nie wieder geschehen darf. Unser Volk wird wieder vereint in einem demokratischen Staat leben. Unser gemeinsamer Staat wird auf die Achtung der unveräußerlichen Menschenrechte gegründet sein. Vom Boden des vereinten Deutschland wird nur Frieden ausgehen.

Für alle Zeiten werden die Grundsätze unserer Verfassung, werden Menschenrecht und Menschenwürde, werden Demokratie und Rechtsstaat, werden soziale Gerechtigkeit und Achtung vor der Schöpfung, werden Frieden und gute Nachbarschaft unser Denken und unser Handeln bestimmen.

Als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa wollen wir dem Frieden der Welt dienen. Diese Verpflichtung aus der Präambel unseres Grundgesetzes bestimmt unsere Politik. Sie ist die Absage an Machtpolitik, sie bedeutet Politik der Verantwortung.

Seit unserem Beitritt zu den Vereinten Nationen hat die Bundesrepublik Deutschland vor dem Forum der Vereinten Nationen die staatliche Vereinigung unserer unteilbaren Nation gefordert. Ich selbst habe seit 1974 in jedem Jahr vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen unseren Willen bekundet, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das Deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Ich habe dabei immer auch an die Deutschen in meiner Heimat - in der DDR - gedacht, die dort leben, wo ich geboren und wo ich aufgewachsen bin. Ich wusste, dass sie die deutsche Einheit genauso herbeisehnten wie wir in der Bundesrepublik Deutschland. Aber sie konnten ihre Gefühle und ihre Auffassungen hier nicht zum Ausdruck bringen. Jetzt haben sie sich zu Freiheit und Einheit bekannt. Mit ihnen zusammen freuen wir uns nun auf die deutsche Einheit. Wir wissen, sie bringt auch Europa seine Einheit. So grüßen wir heute vereint in unserem Herzen und in unserem Willen die Völker der Welt. Große Dankbarkeit erfüllt mich dabei, Dankbarkeit, die auch meinen Kollegen Baker, Dumas, Hurd und Schewardnadse gilt, die bis in die letzten Monate hinein so viel für dieses Ziel getan haben.

Die Erinnerung an die Generalversammlung der Vereinten Nationen vor einem Jahr zeigt, welche Probleme wir zu überwinden hatten. Damals ging es noch darum, in mühevollen Gesprächen den Tausenden von Deutschen in unserer Botschaft in Prag den Weg in die Freiheit zu eröffnen.

Mein Dank gilt auch dem tapferen ungarischen Volk, das als erstes den Eisernen Vorhang geöffnet hat. Wir Deutschen waren uns immer bewusst: Nur der Frieden und nur die Überwindung der Spaltung Europas können uns die Einheit unseres Landes bringen.

Wir haben die Chancen der Zusammenarbeit genutzt. Wir haben in Wort und Tat auf Gewalt und Drohung mit Gewalt verzichtet.

Wir haben auf die friedensstiftende Kraft von Menschenrechten und Grundfreiheiten gesetzt. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland eine freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung geschaffen.

Unterstützt von unseren Freunden und Partnern haben wir das Vertrauen der Völker zurückerworben und damit eine grundlegende Voraussetzung für die deutsche Einheit geschaffen.

Die außenpolitischen Meilensteine dieses Weges sind die Mitgliedschaften im Europarat, im westlichen Bündnis und in der Europäischen Gemeinschaft. Mit diesen Schritten kehrten wir zurück in die Gemeinschaft der Demokratien.

Mit den Verträgen von Moskau, Warschau und der CSFR wurde die Grundlage für ein neues Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn gelegt. Mit dem Grundlagenvertrag mit der DDR wurde das Zusammenleben der beiden deutschen Staaten für die Zeit der staatlichen Trennung geregelt. Diese deutsche Vertragspolitik eröffnete auch den Weg für die Schlussakte von Helsinki.

Die Dynamik des KSZE-Prozesses und die umwälzenden Reformen in der Sowjetunion unter der Führung Michail Gorbatschows haben schließlich die Überwindung der Trennung Europas und damit auch Deutschlands ermöglicht.

Die Völker Mittel- und Osteuropas entschieden sich in gewaltlosen, friedlichen Revolutionen für Freiheit und Demokratie. Jede dieser Entscheidungen war eine Entscheidung für Europa. Die Deutschen, die sich nun mit uns vereinigen werden, haben das Bekenntnis zu Freiheit, Einheit und zu Demokratie und damit zu Europa in ihrer friedlichen Revolution vor aller Welt unter Beweis gestellt.

Wir danken unseren Freunden und Verbündeten im Westen. Sie sind für uns in guten wie in schweren Zeiten eingestanden. Besonders dem amerikanischen Volk möchte ich sagen: Die Luftbrücke nach Berlin bleibt uns unvergessen. Am Vorabend der deutschen Vereinigung danken wir Präsident Bush, Präsident Mitterrand, Premierministerin Thatcher für ihren Beistand, ihre staatsmännische Weitsicht und ihr Verständnis für die Sehnsucht unseres

Volkes nach Einheit. Wir danken unseren Freunden in der Europäischen Gemeinschaft mit Präsident Jacques Delors an der Spitze. Wir danken unseren Freunden überall in der Welt. Wir danken Präsident Gorbatschow. Seine mutige Politik hat Europa eine neue Zukunft und Deutschland die Chance zur Einheit in Freiheit eröffnet. Das bedeutet viel auch für die Zukunft der deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Wir Deutschen wollen nichts anderes, als in Freiheit und Demokratie, in Einheit und in Frieden mit allen unseren Nachbarn leben. In dem "Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland", den wir am 12. September mit Frankreich, der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Vereinigten Königreich in Moskau unterzeichnet haben, bekennen wir Deutschen uns zur Friedensverantwortung des vereinten Deutschland. Unsere Politik will eine Politik des guten Beispiels sein: Wir bekräftigen den Verzicht auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen. Wir bekennen uns erneut zu den Rechten und Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Unsere Entscheidung, die Streitkräfte des vereinten Deutschlands auf 370.000 Mann zu reduzieren, ist ein bedeutsamer deutscher Beitrag zur tief greifenden Abrüstung in Europa.

Das vereinte Deutschland hat keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird solche auch in Zukunft nicht erheben. Die Unverletzlichkeit der Grenzen ist ein Kernelement der Friedensordnung in Europa.

Das vereinte Deutschland wird die bestehende deutsch-polnische Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag bestätigen. Unser Verhältnis zu Polen drückt in besonderer Weise unsere europäische Berufung aus.

Es ist deshalb unsere Absicht, in einem zusätzlichen umfassenden Vertrag die Grundlagen für ein neues Kapitel guter deutsch-polnischer Nachbarschaft aufzuschlagen. Deutschland kennt und anerkennt seine Verantwortung für eine bessere Zukunft Europas. Wir wollen nicht ein deutsches Europa, wir wollen ein europäisches Deutschland. ...“

Auszug aus der Rede des Bundesministers des Auswärtigen vor der 46. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 25. September 1991 in New York

„... Seit 1974 habe ich hier für die Bundesrepublik Deutschland das Wort ergriffen. In jedem Jahr habe ich erneut den Willen zum Ausdruck gebracht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Am 3. Oktober 1990 ist dieser Wunsch Wirklichkeit geworden.

In dieser Stunde gedenke ich aller derjenigen, die an Mauer und Stacheldraht, in den Gefängnissen und Lagern Leben und Freiheit dafür geben mussten, dass sie in einem europäischen Deutschland der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte leben wollten. Unsere Achtung gilt allen denen, die wie überall in Mittel- und Osteuropa auch in der damaligen DDR auf die Straße gegangen sind, um friedlich Freiheit, Demokratie und Einheit durchzusetzen.

Heute spreche ich zum ersten Mal als Außenminister des vereinten Deutschland.

...

Wir verstehen das gewachsene Gewicht unseres in einem Staat vereinten Volkes als Auftrag zu größerer Verantwortung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde in einem europäischen Deutschland, das das nationalstaatliche Denken der Vergangenheit hinter sich gelassen hat. So wie die deutsche Spaltung Ausdruck der Spaltung Europas war, so trägt heute die deutsche Vereinigung zur Einheit Europas bei.

...

Wir wollen als Land im Herzen Europas mit allen Kräften für die Einheit unseres Kontinents arbeiten. ...“